

**Medienmitteilung**

Zürich, 10. 05. 2016

## **Zürich verträgt keinen Rosengartentunnel**

**Der von Kanton und Stadt geplante Rosengartentunnel führt zu mehr Autoverkehr und widerspricht der von der Stadtzürcher Stimmbevölkerung 2011 angenommenen Städte-Initiative von umverkehR. Zudem bringt er den BewohnerInnen von Wipkingen nicht die erhoffte Entlastung.**

Keine Frage: Wipkingen braucht eine deutliche Reduktion des Verkehrs auf der Rosengartenstrasse und die Stadt Zürich einen Ausbau von tangentialen ÖV-Linien, aber keinen «Autobahntunnel». Das Projekt bringt nämlich aus zweierlei Gründen negative Auswirkungen für die BewohnerInnen von Wipkingen: Einerseits zeigt die Erfahrung im Zusammenhang mit der Weststrasse, dass die jetzigen BewohnerInnen nicht von einer Aufwertung profitieren werden. Andererseits wird die Verknüpfung von vier unterirdischen Fahrspuren mit dem oberirdischen Strassennetz im Raum Wipkingerplatz einen neuen städtebaulichen Schandfleck schaffen.

Mit dem Tunnelprojekt verfolgen Stadt und Kanton Zürich eine falsche verkehrspolitische Strategie, sie verharren in einem anachronistischen Denksystem, in welchem neue Strassen als Problemlösung dargestellt werden. Aber weder der Milchbuckeltunnel, der Gubrist noch der Üetlibergtunnel haben die versprochene Verkehrsentslastung bewirkt. Mit einem vierspurigen Tunnel wird es sechs statt vier Spuren auf der Achse Bucheggplatz – Wipkingerplatz geben. Mehr Strassen führen aber unweigerlich zu Mehrverkehr und damit zu neuen Problemen. Nun werden an der Rosengartenstrasse, dem jahrzehntelangen Sinnbild einer verfehlten Verkehrspolitik auch solch verführerischen Versprechungen gemacht.

Das Projekt steht letztlich im Widerspruch zu der 2011 von der Stimmbevölkerung angenommenen Städte-Initiative, die von umverkehR lanciert wurde. Für umverkehR liegt die Lösung am Rosengarten nicht in neuen Tunnelbauten, sondern in einer neuen Nutzung des Strassenraums. Eine wirkliche Quartierberuhigung wird nur durch oberirdische Massnahmen erreicht. Ein Spurabbau, Fussgängerstreifen und ein neues Tram bringen neues Leben in das belastete Quartier.

Um dem Tunnel möglichst hohe Chancen in einer Volksabstimmung einzuräumen, wählt der Regierungsrat den Weg der Schlaumeierei: Ein kantonales Spezialgesetz soll die Stadt Zürich de facto entmachten. Die Stadt Zürich soll noch mehr Autoverkehr ertragen und darf nicht einmal selber darüber bestimmen. Auch aus diesem Grund wehrt sich umverkehR gegen dieses unverantwortungsvolle Gesamtpaket. Die Stadt braucht nicht mehr, sondern weniger Strassenkapazitäten. Insofern wird sich umverkehR in jedem Fall an einem Referendum beteiligen.

Für weitere Auskünfte  
Bernhard Piller, Geschäftsleiter umverkehR  
Tel: 044 242 72 40  
Mobile: 079 823 64 93